

**Öffentliche Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses
am 14. Mai 2012**

BESCHLÜSSE UND ZUSAGEN

1.	Annahme von Spenden; Genehmigung <u>Beschluss (einstimmig):</u> Der Annahme der Spenden wird gemäß Anlage zur Sitzungsvorlage zugestimmt. <u>Hinweis/Beratung:</u> <i>Da der Ausschuss im öffentlichen Teil oft nur einen TOP umfasst (Annahme von Spenden), sollten diese über einen längeren Zeitraum gesammelt werden (keine Genehmigung in jeder Ausschusssitzung). Damit könnten Kosten für die Veröffentlichung der Tagesordnung im Südkurier eingespart werden.</i>
2.	Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche
2.1	Sitzungsplan 2012; Änderungen ab Juni 2012/Haushaltsberatung 2013 <u>Beschluss:</u> Entfällt. Der Vorsitzende verweist auf den versandten neuen Sitzungsplan für die Zeit ab Juni 2012. Darüber hinaus werde man den Haushalt 2013 - wie gewünscht – erst im Januar 2013 beraten. Wortmeldungen hierzu erfolgen nicht.
2.2	Internationale Bodensee Tourismus GmbH (IBT); Neuausrichtung/Neuorganisation <u>Beschluss:</u> Entfällt. Der Vorsitzende nimmt Bezug auf eine Pressemeldung im Südkurier vom 08.05.2012. Darin wird das bisherige Ergebnis und das weitere Vorgehen in Sachen Neuorganisation der IBT GmbH dargestellt. Er betont, dass noch nichts entschieden sei, die Beratung in den jeweiligen Gremien erfolge in der nächsten Sitzungsrunde noch vor der Sommerpause (KuSchu 25.06., VFA 09.07. und Kreistag am 23.07.2012). Nachdem der Landkreis im Tourismus nach den Gemeinden nur eine subsidiäre Zuständigkeit habe, wurde die Angelegenheit mehrfach mit den Bürgermeistern und Oberbürgermeistern (im Fall Konstanz regelmäßig durch Herrn Dr. Geiger vertreten) wie folgt diskutiert: bereits im vergangenen Jahr auf einem Schiff mit den Bürgermeistern der

Gemeinden aus KN, FN und Lindau, in zwei Bürgermeisterdienstbesprechungen Mitte und Ende Januar 2012 im Landkreis Konstanz und auf Ebene des Gemeindetages in KN, FN (einzeln und zwischen den jeweiligen Vorsitzenden).

Nach drei Vorbesprechungen der Landräte KN, FN, LI und SIG habe man die Sache vor einigen Tagen nochmals abgeklärt: Landräte und Bürgermeister, die in Tourismusorganisationen Vorsitzende seien und die Vertreter der Gemeindetage in den Landkreisen plus Vertreter aus SIG hätten vereinbart, die Empfehlungen der Beratergruppe Tourismus (u. a. HTWG KN und Uni St. Gallen), die diese im Auftrag der IBT erarbeitet habe, zur Umsetzung vorzubereiten. Ergebnis:

- Beibehaltung/Fortführung der IBT GmbH
- Schaffung einer deutschen Tourismusgesellschaft in enger Zusammenarbeit (rechtlich getrennt) mit der IBT GmbH
- Sitz beider Gesellschaften in Konstanz
- Verteilung der Kosten nach Übernachtungszahlen (sehr günstig für Stadt KN).

Für die Umsetzung habe man eine Arbeitsgruppe eingesetzt (mit Vertreter der Stadt Konstanz), die eine gemeinsame Sitzungsvorlage für alle Gremien erarbeiten solle. Die Beratung und Beschlussfassung soll noch vor der Sommerpause 2012 erfolgen.

Der Tourismus als wichtiger Wirtschafts- und Strukturfaktor am Bodensee verdiene diese Förderung!

Kreisrat **Dr. Schmidt** bestätigt seine Teilnahme in Hagnau, allerdings habe er sich bzw. den Tourismus Untersee in der Pressemitteilung nicht wiedergefunden. Außerdem habe er die gleiche Pressemeldung bereits zuvor in der Stuttgarter oder Schwäbischen Zeitung gelesen. Es wäre besser gewesen, zunächst intern weiter zu beraten und mit den Touristikfachleuten zu reden. Im Übrigen dürfe man sich nicht von anderen Regionen „überfahren“ und einen Termindruck aufzwingen lassen. Dabei gehe es auch darum, zunächst die eigenen Interessen zu wahren.

Kreisrat **Frank** zeigt sich ebenfalls irritiert über die Presseberichterstattung. Die Stadt Konstanz sei nicht erwähnt, er habe sich erkundigt, auch andere habe die Pressemitteilung irritiert. Wenn man diese lese, müsse man davon ausgehen, dass bereits alles entschieden sei. Man müsse unbedingt das Know-how der größten Stadt (Konstanz) und der größten Betriebe nutzen.

Kreisrat **Dr. Geiger** bemängelt ebenfalls das gewählte Vorgehen. Die Pressemitteilung spiegle nicht das bisherige Ergebnis wider. Mit Leistungsträgern sei nicht geredet worden, das gebe nach außen ein schlechtes Bild ab. Nach der Sitzung in Hagnau sei die Pressemitteilung im Grunde genommen unnötig gewesen, denn man habe diese bereits vor der Veröffentlichung im Landkreis Konstanz in der Schwäbischen Zeitung nachlesen können. In Friedrichshafen werde ein enormer Druck aufgebaut, davon dürfe man sich aber nicht an die Wand drücken lassen. Inhaltlich werde man – wie vorgesehen – in den Gremien beraten.

Der **Vorsitzende** antwortet, dass der Kreistag entscheiden werde. Die Sache sei unglücklich gelaufen, aber wenn die Stadt Konstanz Gesellschafter in der neuen Gesellschaft werden wolle, stehe dem nichts entgegen.

Kreisrat **Eisch** moniert, dass die Außendarstellung nicht gut gewesen sei. Im Grunde genommen sei die vorgegebene Richtung aber richtig. Erfreulich sei, dass dies auch im Bodenseekreis und in Lindau so gesehen werde. Niemand solle außen vor gelassen werden, wichtig sei, dass man den Weg gemeinsam beschreite. Klar sei auch, dass das etwas kosten werde, aber das müsse man in Kauf nehmen, in anderen Regionen gebe man für den Tourismus wesentlich mehr Geld aus.

Kreisrat **Müller-Fehrenbach** zeigt sich ebenfalls irritiert über das Vorgehen. Er sei kein Bürgermeister und habe den Sachverhalt aus der Zeitung erfahren müssen. Die Aussage des **Vorsitzenden**, dass nun zeitnah eine Beratung erfolgen werde, habe ihn jedoch etwas beruhigt und er vertraue auf eine sachliche Diskussion. Im Übrigen habe er die Stellungnahme von OB **Frank** gelesen und sei der Meinung, dass Stadt und Landkreis Konstanz gemeinsam agieren müssten, sonst schwäche man seine Position gegenüber dem Bodenseekreis. Ggf. müsse man Ravensburg mit ins Boot holen, denn es könne nicht sein, dass der Bodenseekreis und Lindau alles vorgeben und dass man dies nur gutheißen könne.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass er heute ein Schreiben der Fraktion der FDP erhalten habe, das acht Punkte umfasse. Dieses Schreiben werde man bei der Erstellung der Sitzungsvorlage mit berücksichtigen. Klar sei, dass der Tourismus besser als bisher gefördert werden müsse. Wenn die Gemeinden das nicht selber tun möchten, werde sich der Landkreis dem annehmen. Wenn der Kreistag dies wolle, dann müsse das in Gemeinschaft mit den anderen Landkreisen geschehen.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.